

Antrag 65/II/2025**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****KEINE Befassung - Antrag irrtümlich eingereicht****Syriens Machtwechsel – vom Regen in die Traufe?**

1 Seit Ahmed al-Scharaa als Übergangspräsident in Syrien
2 aufgetreten ist, versuchen sich europäische Regierungen
3 an einer neuen Erzählung: Die Situation habe sich stabi-
4 lisiert, es gebe neue politische Verhältnisse, vielleicht so-
5 gar Reformpotenzial. Doch die Realität sieht anders aus
6 – und sie ist brandgefährlich. Insbesondere Minderheiten
7 wie Alawit*innen, Alevit*innen, aber auch Christ*innen,
8 Jesid*innen und andere ethnische oder religiöse Minder-
9 heiten werden immer wieder Opfer von Gewalt.

10

11 Al-Scharaa war jahrelang führender Kopf der HTS – einer
12 Organisation, die aus der Al-Nusra-Front und damit di-
13 rekt aus dem Al-Qaida-Netzwerk hervorgegangen ist. Sei-
14 ne Vergangenheit ist dokumentiert: als ehemaliger Kom-
15 mandeur, mitverantwortlich für Repression, Gewalt und
16 Menschenrechtsverletzungen in Rebellengebieten. Lange
17 stand er auf internationalen Terrorlisten. Dass er sich heu-
18 te als reformorientierter Staatsmann inszeniert, ist mehr
19 Kalkül als Wandel.

20

21 **Die für September 2025 angesetzten Parlamentswahlen –**
22 von internationalen Beobachtern zunächst als Schritt in
23 Richtung politischer Neuanfang begrüßt – entpuppen sich
24 bei genauerem Hinsehen als demokratische Fassade. Ein
25 Drittel der 210 Sitze soll direkt vom Übergangspräsidenten
26 ernannt werden, der Rest wird in einem indirekten, von
27 regierungsnahen Wahlgremien kontrollierten Verfahren
28 vergeben. Oppositionelle Stimmen, unabhängige Medien
29 und Minderheitenvertreter*innen sehen darin keine faire
30 Beteiligung, sondern eine gezielte Machtabsicherung.

31

32 Demokratie oder Legitimation gibt es unter seiner Füh-
33 rung nicht. In Idlib wurden politische Beteiligung und
34 freie Opposition systematisch ausgeschlossen. Entschei-
35 dungen wurden zentralistisch über religiös-konservative
36 und militärische Netzwerke getroffen. Transparenz fehlt,
37 ebenso wie unabhängige Institutionen. Frauenrechte,
38 Minderheitenschutz oder Gewaltenteilung - allesamt es-
39 senzielle Demokratieprinzipien. Diese tauchen zwar in
40 öffentlichen Statements auf – in der Praxis bleibt da-
41 von kaum etwas übrig. Die angekündigte Einbeziehung
42 von Minderheiten in den Wahlprozess wirkt wie ein Fei-
43 genblatt: Kurdische, drusische, alawitische und christli-
44 che Vertreter*innen berichten weiterhin von strukturel-
45 lem Ausschluss.

46

47 Und auch seit seinem Amtsantritt haben sich Gewalt und
48 Repression fortgesetzt. Im März 2025 kam es in alawi-

49 tisch geprägten Regionen zu schweren Menschenrechts-
50 verletzen – rund 1.000 überwiegend alawitische Zivi-
51 list*innen wurden dabei getötet. Es häufen sich zudem
52 Berichte über Zerstörung religiöser Stätten und gezielte
53 Vertreibungen. Die alawitische und alevitische Minder-
54 heit in Syrien ist daher akut bedroht Opfer einer ethni-
55 schen Säuberung zu werden. Die Rechtfertigung der Re-
56 gierung: Vergeltung für frühere Angriffe. Ein angekün-
57 digter Untersuchungsprozess? Bis heute ohne erkennba-
58 re Wirkung. In Suweida eskalierte die Lage zwischen ver-
59 schiedenen Gruppen – Drus*innen, Beduin*innen, Regie-
60 rungstruppen. Auch hier: Hunderte Tote, keine politische
61 Aufarbeitung. Gleichzeitig halten sich zahlreiche bewaff-
62 nete Milizen unter Kontrolle von HTS-nahen Kräften. Eine
63 vollständige Entwaffnung, wie sie versprochen wurde, ist
64 nicht erfolgt.

65
66 Ökonomisch formiert sich unter al-Scharaa eine neue Eli-
67 te: Ein inoffizieller Machtzirkel um seinen Bruder und
68 enge Vertraute kontrolliert Milliardenwerte. Statt alte
69 Assad-nahe Strukturen zu zerschlagen, wurden sie inte-
70 griert – gegen politische Zugeständnisse und Immunität.
71 Aus Saudi-Arabien fließen Investments in Milliardenhöhe.
72 Das stärkt nicht die Gesellschaft – sondern nur das Re-
73 gime.

74
75 Besonders perfide ist jedoch, wie diese neue politische
76 Lage international gelesen wird – auch in Deutschland.
77 Mit dem Narrativ der Stabilisierung und den inszenier-
78 ten Wahlen wird ein gefährlicher Präzedenzfall geschaf-
79 fen: Die internationale Bühne verleiht al-Scharaa Legiti-
80 mität, obwohl Gewalt, Repression und struktureller Aus-
81 schluss weitergehen.

82
83 Mit dieser Erzählung kommt eine alte Debatte wieder auf:
84 Rückführungen nach Syrien. Österreich hat bereits be-
85 gonnen, abzuschieben. Auch in Deutschland mehren sich
86 Stimmen, die das Schutzbedürfnis syrischer Geflüchteter
87 infrage stellen. Es wird offen diskutiert, ob Syrien wieder
88 „sicher genug“ sei – während das Land sich in einem Klima
89 der Gewalt, Instabilität und selektiven politischen Schein-
90 beteiligung befindet.

91
92 Diese Argumentation ist hoch problematisch. Sie stellt
93 nicht nur den realen Zustand Syriens falsch dar. Sie instru-
94 mentalisiert ihn. Die Anerkennung oder diplomatische
95 Duldung des al-Scharaa-Regimes dient nicht etwa dazu,
96 Menschenrechte durchzusetzen oder Stabilität zu fördern
97 – sie dient der Möglichkeit, Geflüchtete abzuschieben.

98
99 Diese Logik ist nicht neu. Wir erleben, wie Menschenrech-
100 te zunehmend geopolitisch verhandelbar gemacht wer-
101 den – solange es dem Ziel dient, Migration zu verhindern.

102 Doch die Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention ist
103 unmissverständlich: Kein Mensch darf in ein Land zurück-
104 geschickt werden, in dem Folter, Verfolgung oder Gefahr
105 für Leib und Leben drohen. Genau das ist aber in Syrien
106 weiterhin der Fall – und zwar für breite Teile der Bevöl-
107 kerung, besonders für Minderheiten, Oppositionelle und
108 marginalisierte Gruppen.

109

110 **Wir fordern deshalb:**

111

112 • **Keine Anerkennung des Regimes al-Scharaa.** Weder
113 direkt noch indirekt darf die Bundesregierung ei-
114 nem autoritären Ex-Terroristen politische Legitimi-
115 tät verschaffen – die einzigen diplomatischen Ko-
116 operationen müssen insbesondere dem Minderhei-
117 tenschutz, dem Schutz der Menschenrechte und für
118 tatsächlich demokratische Wahlen dienen.

119 • **Abschiebungen prinzipiell, und auch nach Syrien,**
120 **kategorisch ausschließen.** Die Lage im Land bleibt
121 instabil, gefährlich und repressiv. Rückführungen –
122 ob direkt oder über Drittstaaten – sind völkerrechts-
123 widrig und müssen weiterhin untersagt werden.

124 • **Schutz und Unterstützung für gefährdete Gruppen.**
125 Deutschland muss sich konsequent für jene einsetzen,
126 die unter al-Scharaa besonders gefährdet sind:
127 Alawi*tinnen, Kurd*innen, FINTA-Personen, Drus*in-
128 nen und andere marginalisierte Gruppen brauchen
129 international hörbare Solidarität & Schutz – nicht
130 neue Bedrohung.

131 • **Außenpolitik darf nicht migrationspolitisch miss-**
132 **braucht werden.** Die deutsche Syrien-Politik muss
133 sich an Menschenrechten orientieren – nicht an der
134 Illusion, über „Deals“ mit autoritären Regimen Men-
135 schen auf der Flucht stoppen zu können.

136 • Die Untersuchung der Hinrichtungen an alawiti-
137 schen Zivilist*innen als Kriegsverbrechen

138